

Alles nur ein alter sozialistischer Hut?

Denkfabrik Markus C. Kerber/Derk Jan Eppink

■ Angela Merkel und Emmanuel Macron sollen das neue Dreamteam Europas sein. Doch Arrangements mit Frankreich könnten in einer Kapitulation der Ordnungspolitik enden. Eine Polemik.

Hermann Hesse zitierend, wies Angela Merkel unlängst auf den Zauber hin, der jedem Anfang inne- wohne. Ob man sich von diesem Zauber einnehmen lassen solle, sagte die Kanzlerin nicht. Aber die Fakten erübrigen jedwede Erörterung: Der neue französische Staatspräsident Emmanuel Macron, mit historisch schlechter Wahlbeteiligung ins Amt gekommen, wird verehrt und hofiert als *prince charmant*, scheinbar erhaben über alle Kritik.

Seit Jahren versuchen die Regierungen in Paris ihr reformresistentes politisches System vor harten Einschnitten zu bewahren. Dazu zählt vor allem die Begrenzung der Staatsausgaben, die in Frankreich 56 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Stattdessen sollen diejenigen Nachbarn ein Stück ihres Wohlstandes abgeben, die vom Euro besonders „profitiert“ haben, zum Beispiel Deutschland und die Niederlande. Im Kern geht es Paris – und auch der EU-Kommission – um die Vollendung der Währungsunion durch Transferleistungen, die immer neue Namen tragen, aber in der Sache alten sozialistischen Hüten gleichen: Die von der EU-Kommission geforderten Sovereign Bond Backed Securities etwa sind ein Aufguss der Euro-Bonds. Ein aus Beiträ-

gen der einzelnen Länder gespeister gemeinsamer Fonds (Rainy Day Fond) soll bei großen Schocks eingesetzt werden. Eine gemeinsame fiskalische Letztversicherung (fiscal backstop), falls der Abwicklungsfonds für Banken nicht reicht, soll beim Euro-Rettungsfonds ESM verankert werden. Vorge- sehen ist, dass diese Versicherung im Wege gestraffter Verfahren einspringt, soll heißen: ohne vorherige Abstimmung des Deutschen Bundestags.

Entmachtung des Bundestags

Genau diese Ausschaltung des Bundestags ist auch der Zweck der Forderung nach einem separaten Euro-Zonen-Budget. Zu diesem Sonderhaushalt müsste Deutschland den größten Beitrag leisten, könnte aber mit höchstens 30 Prozent der Abgeordneten in einem Euro-Zonen-Parlament keinen Ausgabenbeschluss verhindern. Gibt es erst einmal ein solches Budget, wird man es nie wieder los, und der Bundestag darf aus der Ferne zuschauen. Ähnlich fragwürdig ist die in Brüssel und Paris kursierende Idee eines „Europäischen Finanzministers“, dessen konkrete Funktion und Rechenschaftspflicht bisher im Nebulösen verharrt. Deutsche und Niederländer wissen sehr wohl, was sie von einer Achse Paris-Brüssel zu halten haben. Die klägliche Bilanz des französischen EU-Finanzkommissars Moscovici spricht eine deutliche Sprache. Er hat seit Jahren die Anwendung des Stabilitätspaktes, also des geltenden Rechts, auf Frankreich verhindert. Auch

klingt der Kommentar von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker nach, diese Milde ließe die Kommission walten, „weil es halt Frankreich“ sei.

Einstieg in die Transferunion

Sämtliche Vorschläge des Brüsseler und Pariser Politikkartells zielen darauf ab, die Haushaltsprärogative der deutschen Demokratie auszuhebeln. Es geht Brüssel und Paris um die Verge- meinschaftung von Risiken und den Einstieg in eine Transferunion. Dazu zählt auch die Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Zwar soll es hier wohl nur noch eine Art „Rückversicherung“ für die nationalen Arbeitslosenversicherungen geben. Doch die Erfahrung zeigt, dass einmal geschaffene Töpfe in Europa nicht verschwinden, sondern sich im Zeitverlauf immer weiter füllen – vor allem mit Geld aus Deutschland.

Interessant ist, dass Angela Merkel den politischen Vorstößen von Macron und seinen Brüsseler Flügelstürmern überhaupt etwas abgewinnen kann. Man könne „natürlich über einen gemeinsamen Finanzminister nachdenken“, ebenso sei ein Euro-Budget denkbar, erklärte sie jüngst. Frankreich mit einer Arbeitslosenquote von mehr als zehn Prozent und einer Schuldenquote von fast 100 Prozent ist ein Problemland, scheut sich aber nicht, groß aufzuspielen. Bisher hat sich außer der Per-

son des Staatspräsidenten nichts an und in Frankreich geändert. Eine wenig ambitionierte Arbeitsmarktreform wurde vorgestellt. Doch von solchen Projekten hat es schon viele gegeben. Sie scheiterten nicht etwa konzeptionell, sondern politisch, weil bislang keine französische Regierung den Mumm hatte, sich mit den Gewerkschaften anzulegen. Sogar Berater von Expräsident Hollande haben sich in den engsten Mitarbeiterkreis von Macron geschlichen, etwa der langjährige Chef des Brüsseler Thinktanks Bruegel, Pisani-Ferry, der unter Hollande Planungskommissar war. Die Maxime der französischen Politik bleibt: „L'Allemagne paiera“ (Deutschland wird zahlen). Während die französische Presse das Einlenken von Merkel beklatscht und die deutsch-französische Freundschaft wie immer dann lobt, wenn Frankreich führt und Deutschland folgt, wird die Bundeskanzlerin ihr politisches Entgegenkommen gegenüber der Trikolore besonders vor ihrer Partei, der Partei Ludwig Erhards, rechtfertigen müssen. Der Begründer der sozialen Marktwirtschaft hat frühzeitig und hellseherisch vor einem Umverteilungseuropa gewarnt und das Europa des Wettbewerbs zum Leitbild erhoben. Es bleibt zu hoffen, dass es im Namen Europas nicht zu einer ordnungspolitischen Kapitulation Deutschlands kommt.



Markus C. Kerber (links) ist Professor für öffentliche Finanzen und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin. Der Autor mehrerer Bücher wurde einer breiten Öffentlichkeit als Kläger gegen die Euro-Rettungspolitik bekannt.

Derk Jan Eppink ist Mitglied des EU-Parlaments. Für die belgisch-flämische Partei LDD sitzt er im Ausschuss für Wirtschaft und Währung.